

beiten, eine Anstellung nach Personalrecht bekommen.

Flexibilität oder Knebelverträge?

Auch bei den Gewerkschaften hat man keine Freude an der Zweiklassengesellschaft beim Stadtpersonal. Für Patrick Portmann von der Gewerkschaft VPOD sind die OR-Verträge der Stadt gar «Knebelverträge». Gegen diesen Vorwurf wehrt sich Peter Neukomm. Er betont, dass der Stadtrat die Anstellungsbedingungen für OR-Angestellte in den letzten Jahren verbessert habe. So sei in den letzten Jahren etwa der Anspruch auf Vaterschaftsurlaub und Ferientage erhöht worden. «Es gibt durchaus Stundenlöhner, die das so wollen. Die Flexibilität ist nicht nur ein Vorteil für den Arbeitgeber.»

Doch wie viele Mitarbeitende tatsächlich gerne zu diesen Bedingungen für die Stadt arbeiten, ist schwierig zu überprüfen. Eine Umfrage beim Personal habe man in letzter Zeit nicht durchgeführt, gibt Neukomm zu. Und eine Gesprächspartnerin zu finden, stellt sich als schwierig heraus: Im Niedriglohnbereich ist die Lust, öffentlich über den eigenen Chef zu sprechen, klein.

Auch bei Renate nicht, sie möchte ihren Namen nicht in dieser Zeitung lesen – aus Angst vor Konsequenzen. Seit über einem Jahrzehnt arbeitet sie als Reinigungskraft für die Stadt. Im Gegensatz zu den allermeisten OR-Stundenlöhnerinnen tut sie das aber in einem hohen 70-Prozent-Pensum. Seit sie bei der Stadt arbeite, habe sie zwar drei Lohnerhöhungen erhalten, aber: «Wenn bei uns im Team jemand neu angestellt wird, erhält sie genau den gleichen Lohn wie

ich.» Berufserfahrung wird im Stundenlohn nicht eingerechnet, einzig ab dem 50. Altersjahr und ab dem 60. Altersjahr steigt dieser leicht an, weil der Ferienanspruch erhöht wird.

«Es ist eine Illusion, dass Stundenlöhnerinnen mit ihren tiefen Pensen sich mit ihrer Arbeit nur ein Sackgeld dazu verdienen», meint Renate. Im Gegenteil: Eine Kollegin in ihrem Team habe mehrere Jobs, damit sie ihr Leben finanzieren könne; eine andere ergänze so das Einkommen ihres Partners. «Reinigung ist ein harter Job, der während der Corona-Pandemie noch deutlich aufwendiger geworden ist. Eine Überführung ins Personalrecht hat also auch sehr stark damit zu tun, ob unsere Arbeit wertgeschätzt wird.»

Diese Frage beantwortet der Grosse Stadtrat voraussichtlich am nächsten Dienstag, wenn die Vorstösse traktandiert sind.

Cybercampus Geissberg?

UNIVERSITÄT Das Schaffhausen Institute of Technology (SIT), die private Tech-Hochschule des Cyberunternehmers Serguei Belousov, interessiert sich für das Areal des ehemaligen Pflegezentrums auf dem Geissberg. Die Stadt Schaffhausen sei mit dem SIT «im Gespräch zur Prüfung, ob auf dem Areal Geissberg ein Universitätscampus möglich ist», sagte Stadtpräsident Peter Neukomm vergangene Woche gegenüber den SN. Es sei bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet worden.

Das Areal in der Nähe des Kantonsspitals hat seit der

Schliessung des Pflegezentrums im Jahr 2016 verschiedene Zwischennutzungen erfahren, aktuell ist das Altersheim «Casa Viva Chläggi» dort einquartiert. Das Grundstück gehört dem Kanton, wird aber bald, als Tauschgeschäft im Zuge der Umnutzung des Kammgarn-Areals, in den Besitz der Stadt übergehen.

Wie Belousov gegenüber den SN sagte, habe das SIT eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Sollte sich der Standort als geeignet erweisen, will die Stadt eine Baurechtsabgabe an die Hochschule prüfen. **Imi.**



Aus dem alten Pflegezentrum soll eine Uni werden.

Peter Pfister

Steuergeld für neue BBC-Arena

AUSBAU Kanton und Bund wollen den Ausbau der BBC Arena im Schweizersbild mit 3 respektive 2,5 Millionen Franken unterstützen. Die Gesamtkosten des Projekts unter Federführung von Giorgio Behrs «Gemeinnütziger Stiftung Schweizersbild» betragen gut 20 Millionen Franken. Entstehen sollen unter anderem Trainings- und Wettkampfräume für Tischtennis, Taekwondo, Basketball und Futsal.

Die staatlichen Unterstützungsbeiträge sollen aus den nationalen und kantonalen Förderpöcken für Sportanlagen fliessen. Dies geht aus einer Vorlage des Regierungsrats hervor, welche vergangene Woche vorgestellt wurde. Das Vorhaben muss noch vom Kantonsrat bestätigt werden und unterliegt dem fakultativen Referendum. Das heisst, auch das Stimmvolk könnte noch ein Wörtchen mitzureden haben.

Ein Teil des zu überbauenden Landes gehört der Stadt und dient zurzeit als Parkplatz der BBC-Arena. Diese Parzelle würde die Stadt im Baurecht an Giorgio Behrs Stiftung abgeben, heisst es in der kantonalen Vorlage. **Imi.**

SP beschliesst Spitalinitiative

PARTEITAG An der Versammlung von vergangener Donnerstag (siehe auch S. 3) hat die SP Kanton Schaffhausen die Lancierung einer Spitalinitiative beschlossen. Die Initiative sieht vor, dass der Kanton die Spitäler Schaffhausen mit einem Investitionsbeitrag von 60 Millionen Franken unterstützt und so den 240 Millionen Franken teuren Neubau mitfinanziert.

Eine Entwurfsfassung des Initiativtexts von Ende Januar, welcher der AZ vorliegt, sah vor, den Betrag in zwei Tranchen im Abstand von einem Jahr auszahlend. Dies, um buchhalterische Hindernisse zu umgehen und den Spitalern mehr finanziellen Spielraum zu geben, etwa bei Löhnen und Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden.

Am Parteitag erhielt eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Kantonsräten Patrick Portmann, Matthias Frick und Matthias Freivogel, den Auftrag, die Modalitäten der Auszahlung noch einmal zu überprüfen. Mit der Veröffentlichung des Initiativtexts kann in den nächsten zwei Wochen gerechnet werden. **Imi.**